

Er scheint  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz)  
Verlag  
H. Deter, Höttingen-Zürich  
Rathhausstr. 11.  
Postsendungen  
franco gegen Franco.  
Geldähnliche Briefe  
nach der Schweiz fallen  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements  
werden nur beim Verlag und  
dessen bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar im-  
mer voraus zahlbaren  
Wierteljahrespreis von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)  
Fr. 3.— für Deutschland (Lohnwert)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Lohnwert)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate  
Die dreispaltige Zeile  
25 Cts. — 20 Wg.

N<sup>o</sup>. 41.

Donnerstag, 6. Oktober.

1881.

Lesen die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besu. verfolgt wird, und die dortigen Verleger sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme verkannt werden, die Briefmarken aber den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptfachartikel ist hierzu einzufügen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreich wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. Im zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behutsamer Sicherheit Rücksichtnahme. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Unsern Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntniss, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme mit Nr. 42 erheben werden, sofern bis zum 13. ds. M. die betreffenden Abonnementbeträge nicht eingekandt wurden.

### Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

### Staatssozialismus und Klassenstaat.

Obwohl es für den bewußten Sozialisten auf der Hand liegt, daß der „Staatssozialismus“ Bismarcks, von dem die deutsche Replikantenpresse heute ein so großes Geschrei erhebt, nichts als Schwindel ist und sein kann, leimrathen, um Gimpel damit zu fangen, halten wir es aus verschiedenen Gründen doch für geboten, die Wichtigkeit dieses Tages sowohl an Thatsachen als auch durch einfache Schlußfolgerungen noch einmal im Parteiorgan nachzuweisen.

Wir leben im Klassenstaat. Aus den verschiedenen Ständen des Mittelalters haben sich in der Neuzeit zwei Klassen herausentwickelt, die sich schroff gegenüberstehen, deren Interessen im Kampf ums Dasein durchaus entgegengesetzt sind: die Klasse der Besitzenden und die Klasse der Besitzlosen, die Ausbeutende und die ausgebeutete Klasse. Es macht wenig aus, daß die und da innerhalb der erstgenannten Klasse sich noch Reste der früheren Stände vorfinden, dieselben verschwinden sofort, sobald die Klasse der Besitzlosen sich gegen den Bestand der Dinge auflehnt. Dann nehmen Junker, Fabrikanten, Kaufleute, ein Theil der Handwerker u. gemeinsam den Namen Partei der Ordnung an.

Was vereinigt diese, sich sonst so heftig bekämpfenden Elemente? Was ist das für eine „Ordnung“, um welche ihnen gar so bang ist, die ihnen so sehr am Herzen liegt? Sie ist nichts anderes als die Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Besitzlosen durch die Besitzenden in Theorie und Praxis. Wo diese Ausbeutung ernsthaft bedroht ist, scharen sich die Besitzenden sofort zusammen; so lange also die Besitzenden unter sich uneins sind und sich bekämpfen, so lange steht die „heilige“ Ausbeuterordnung nicht in Frage.

Wir leben im Klassenstaat. Der Bestand desselben hängt davon ab, daß die Besitzenden herrschen. Aufhören der Herrschaft der Besitzenden heißt Aufhören des Klassenstaates. Die Besitzenden herrschen heute, sie haben die Majorität in den gesetzgebenden Körpern, ohne oder gegen die Besitzenden kann die Regierung heute nichts thun, sie muß mindestens einen großen, einen sehr großen Theil der Besitzenden für sich gewinnen. Dies kann sie aber nur, wenn sie das Prinzip der Ausbeutung nicht in Frage stellt. Alle „wirtschaftlichen Reformen“ somit, welche innerhalb des heutigen Klassenstaates angestrebt werden, lassen die Ausbeutung der Besitzlosen, des Proletariats, durch die Besitzenden unberührt, unangestastet. Sozialismus heißt Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Staatssozialismus, wenn dies Wort überhaupt einen Sinn haben soll, kann nichts Anderes heißen, als Beseitigung der Ausbeutung durch staatliche Einrichtungen. Dazu wird aber der heutige Staat, der Klassenstaat, wie wir oben ausgeführt, nie die Hand bieten. Staatssozialismus im Klassenstaat ist einfach ein Widerspruch in sich selbst, eine große, laudable Lüge.

Was sich heute Staatssozialismus nennt, ist eben alles Mögliche, nur nicht Sozialismus. Seine ehrlichsten Vertreter — wozu Bismarck, Stöcker und Konsorten aber nicht gehören — haben als Programm Verstaatlichung gewisser monopolistischer Betriebe und Regelung der Fürsorge für die Arbeiter durch staatliche Unfall- und Altersversicherung aufgestellt.

Ist aber die Verstaatlichung z. B. der Eisenbahnen eine sozialistische Maßregel? Nichts weniger als das. Sie gefährdet ebensowenig die heutige Ausbeuterfreiheit als die staatliche Organisation der Post es thut. Wenn in der sozialistischen Agitation zuweilen auf das Postwesen hingewiesen worden ist, als Beispiel von der Zweckmäßigkeit der staatlichen Organisation, so ist es nie geschehen ohne den Zusatz, daß die Post heute weit entfernt ist, eine sozialistische Organisation zu sein. Denn sie beruht auf dem Prinzip der heutigen Ausbeuterfreiheit. Die große Masse der unteren Angestellten, der Postproletariat, hungert, damit die Postverwaltung Uberschüsse, Profit macht. Der Privatindustrie wurde allerdings durch das staatliche Monopol der Post ein Geschäftszweig entzogen, die Bourgeoisie aber hatte nur Vortheil davon, ihre Entwicklung wurde desto mehr gefördert. Die Bourgeoisie schwärmt heute für Post-Strephan, der fortgesetzt auf neue Einrichtungen stant, ihren Bedürfnissen zu entsprechen.

Neulich verhält es sich mit den Eisenbahnen. Noch bei jeder Verstaatlichung machte die Börse, gegen die ja eigentlich diese Verstaatlichung gerichtet sein soll, das beste Geschäft. Auf das bloße Gerücht von der Verstaatlichung einer Gesellschaft, z. B. jüngst der Bergisch Märkischen, stiegen deren Aktien sofort, und die Börse heinst die Prozente ein. „Christlicher“ Staat und „jüdischer“ Speculant, die sich vor dem dummen Volk angeblich bekämpfen, arbeiten sich hinter den Koulissen brüderlich in die Hände. Die Börse unterstützte die Schutzkollagitation nach Kräften und sie mußte, warum. Man vergleiche die Kourse ihrer „Schmerzensfinder“, Laurahütte, Dortmunder Union u. vor und nach der Aera der Schutzölle. Schon 1876 zog der liberale „Berliner Börsen-Courier“ gegen Herrn Camphausen los.

Die verstaatlichten Eisenbahnen werden nach Ausbeutergrundsätzen, im Interesse der Ausbeuter verwaltet, wobei derjenige Theil der Ausbeuterspisschaft, der gerade oben auf ist, bei den Tarifen u. das Fett abschöpft. Auch in diesem Falle wird der Privatindustrie ein Gewerkszweig entzogen, aber nur im Interesse des Staates, das heißt der Gesamtheit der herrschenden Klassen.

Den preussischen Großgrundbesitzern und einem Theil der Schlotzjunker in Schlesien und anderwärts sind die Eisenbahngesellschaften über den Kopf gewachsen, deshalb unterstützen sie Bismarcks Reichseisenbahnprojekt. Eine sozialistische Maßregel aber ist die Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht.

Noch weniger sozialistisch ist das Tabakmonopol, wie der „Sozialdemokrat“ in seiner vorigen Nummer nachgewiesen hat. Das Tabakmonopol heißt nicht nur Fortsetzung, sondern Verstärkung der Ausbeutung.

Aber die Uberschüsse? Diese sollen doch im Interesse der Arbeiter, der „Erdarbeiten“ verwandelt werden?

Das bringt uns auf die famose Unfall- und Pensionsversicherung. Wir haben das Unfallgesetz mehrfach im „Sozialdemokrat“ besprochen, im Reichstag hat es durch die Reden unserer Abgeordneten, besonders Vebels, eine treffliche und vernichtende Kritik erfahren. Zwei Dinge kennzeichnen den „Christlich-sozialen“ oder, wenn man will, „staats-sozialistischen“ Charakter dieses Gesetzes: die Höhe der Entschädigung und die vierwöchentliche Karenzzeit.

Erst vier Wochen nach dem Unfall soll der Verunglückte aus der staatlichen Versicherungskasse entschädigt werden, bis dahin soll er auf Kosten der Hilfs-, d. h. der Krankenkassen erhalten, das Hilfskassengesetz in diesem Sinne abgeändert werden. Die Haftpflicht wird somit zum großen Theil auf die Hilfskassen abgewälzt, was in vielen Fällen gleichbedeutend mit dem Ruin derselben auf jeden Fall eine Mehrbelastung der mit diesen Hilfskassen steuernden Arbeiter ist. Eßt Christlich-sozial, nicht wahr?

Ist nun aber die Karenzzeit vorüber, stellt sich heraus, daß der Verunglückte dauernd arbeitsunfähig sein wird, dann erhält der Invalid der Arbeit nicht, was nach dem heutigen Haftpflichtgesetz der Fall, eine seinen bisherigen Einkommen entsprechende Pension oder Entschädigungssumme, sondern es tritt eine Ermäßigung auf 66 $\frac{2}{3}$  Prozent ein, der Arbeiter also, der ein Einkommen von 75 Mark monatlich hatte, erhält, sobald er in Dienste der Industrie seine Gliedmaßen eingebüßt, nur noch 50 Mark pro Monat. Bei der heute beliebigen Ausdehnung der Staatsindustrie wird, wie man sieht, dem Staat sein Ausbeuterdasein bedeutend erleichtert. Das nennt man beschönigend Staatssozialismus.

Ganz ebenso verhält es sich mit der famosen Altersversorgung. Dem Arbeiter soll auf seine „alten Tage“ eine Existenz gesichert werden. Wie rührend, wie „Christlich“! Sehen wir uns das Ding etwas näher an. Von der Höhe der Alterspension wird wohlweislich geschwiegen. Wann aber wird der Arbeiter pensionsberechtigt, wann beginnen seine „alten Tage“? Allgemein heißt es mit dem sechzigsten Jahre. Herr Koloph Wagner, dieser vorgezeichnete Sozialreformer, dieser Rathedersozialist vom reinsten Wasser, erklärte vor wenigen Tagen in einer Kandidatenrede in Berlin, daß ja damit noch nicht gesagt sei, daß jeder, der das sechzigste Lebensjahr überschritten habe, auch pensionsberechtigt sei; wer über gewisse Erwerbs- oder Einnahmequellen verfügt, könne natürlich gar keinen oder nur theilweisen Anspruch auf Pension erheben!

Um die Tragweite dieser Christlichen Sozialreform zu begreifen, genügt ein Blick auf die statistischen Tabellen über die Lebensdauer der Arbeiter. Es ist eine verschwindende Minorität der Arbeiter, die unter den heutigen Verhältnissen, welche ja gerade vermittelt dieser „Reform“ auf ewig erhalten, konservirt werden sollen, das sechzigste Lebensjahr erreicht. Und nicht einmal diesen Wenigen wird die Pensionsberechtigung unbedingt zuerkannt, auch ihnen wird nach in der Regel mehr als vierzigjähriger Abrackerei im Dienste des Kapitalismus noch abgezwaht, was nur abgezwaht werden kann!

\*) Können sie sich einmal über irgend ein Geschäftchen nicht einigen, dann schimpfen sie in ihren Blättern nach Kräften aufeinander. Sie vertragen sich aber immer wieder.

Noch glänzender aber tritt die Schönheit dieser „Christlichen“ Sozialreform zu Tage, wenn man das Verhalten der preussisch-deutschen Staatswerkstätten berücksichtigt. Für sie ist der Arbeiter mit vierzig Jahren ein todtter Mann. Die kaiserlich deutsche Werft in Kiel weist jeden Arbeiter zurück, der das vierzigste Lebensjahr überschritten hat, andere Etablissements, z. B. verschiedene Staatsbahnen halten schon das 35. Lebensjahr für die Grenze. Beim Einstellen wissen die Christlichen Direktoren sehr gut, wie lange der Arbeiter lebt, bei der Alterspension wird ihm hingegen eine Lebensdauer vorgeschwindelt, die er nicht hat.

Nein, im Ausbeuterstaat ist für einen ernsthaften Sozialismus kein Platz — die sozialen Reformen, welche die herrschenden Klassen gutwillig den Arbeitern bewilligen, können nur darauf hinauslaufen, entweder eine Arbeiteraristokratie zu erzeugen oder die Arbeiter mit Versprechungen aller Art hinzuhalten, die je nach Bedürfnis abzuwechseln.

Deshalb darf die Arbeiterklasse im Ausbeuterstaat nur für solche Reformen eintreten, welche die Ausbeutung beschränken, und dadurch die Arbeiter kampffähig erhalten. Sonst aber muß ihre ganze Thätigkeit auf Beseitigung der Ausbeutung in jeder Form gerichtet sein.

Daß es dem heutigen Staat nicht ernst ist mit seinen Reformen, beweist die Unterdrückung der sozialistischen Kritik. Die Herren Sozialreformer scheuen das Licht, sie müssen im Dunkeln arbeiten. Pflicht jedes Sozialisten ist es daher, wo immer er seine Stimme erheben kann, diese Dunkelheit zu zerstören, helles Licht auf die lichtscheuen Gesellen zu werfen, die Arbeiter vor diesen falschen Freunden zu warnen.

Wer das unterläßt, begeht einen Verrath an der Sache des arbeitenden Volkes. Leo.

### Der sozialistische Weltkongress.

Nachdem das Verbot des Kongresses vom Schweizerischen Bundesgericht bestätigt war, blieb dem Schweizerischen Parteikomitee nichts anderes übrig, als den Kongress an den Ort eines andern Kantons zu verlegen. Es entschied sich für die Hauptstadt Graubündens, Chur, wo unser Genosse Conzett seit mehreren Jahren kräftig für unsere Sache eintritt und wo ein unabhängiger Geist herrscht als in Zürich. Daß dieser Beschluß nicht an die große Glocke gehängt wurde, ist leicht begreiflich.

Die Thatsache, daß der Kongress, der erst auf den 23. Oktober verlegt worden war, wegen der Ankunft des amerikanischen Delegierten auf den 2. Oktober zurückdatirt werden mußte, ist der Hauptgrund, weshalb der Kongress nicht so stark besucht wurde, wie nach den Zustimmungadressen wirklich vermuthet worden ist. Sieht man aber von der Anzahl der Delegierten ab und zieht vielmehr die Organisationen in Betracht, die hinter den Delegierten standen, oder ihren Anschluß an den Kongress brieflich eingekandt hatten, so dürfen wir mit vollem Recht konstatieren, daß mit zwei Ausnahmen \*) der Kongress die organisierten Sozialisten aller Länder hinter sich hatte. Dagegen blieb er von den Herren Kongressmännern glücklicherweise gänzlich verschont, so daß er seine Arbeiten in der verhältnismäßig kurzen Zeit von 2 $\frac{1}{2}$  Tagen abzuwickeln vermochte.

Wir werden uns in der Berichterstattung über den Kongress so kurz als möglich fassen, um den Raum des Parteiorgans nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Da die Berichte über den Stand der sozialistischen Agitation in den verschiedenen Ländern in Separatabdruck erscheinen, so werden wir auf den mündlichen Referaten nur ganz kurze Auszüge mittheilen. Die Hauptsache ist, daß der Kongress nicht nur aufs Neue der internationalen Solidarität der Sozialisten aller Länder entschieden Ausdruck gegeben hat, sondern zum ersten Mal dazu übergegangen ist, diese Solidarität durch Organisation des internationalen Unterstützungsvereins ins Praktische zu übersehen.

Wir schreiten nunmehr zur Berichterstattung und werden am Schluß derselben eine Gesamtbetrachtung über den Kongress und seine Beschlüsse folgen lassen.

Erste Sitzung, 2. Oktober.

Berg. Conzett eröffnete nachmittags Namens des Komitees der sozialdemokratischen Partei der Schweiz mit einer kurzen Ansprache die Versammlung. Er weist auf die Schwierigkeiten hin, mit denen das Komitee selbst in der „freien“ Schweiz zu kämpfen hatte, um die Zusammenkunft zu ermöglichen. Selbstverständlich lassen sich die Schweizer dadurch nicht entmanen, sondern setzen unbestimmt um Geld und Polizeistock ihr Werk der Ausklärung fort. Andererseits aber hofft Redner auch, daß die Theilnehmer der Zusammenkunft die völkerrechtliche Stellung der Schweiz im Auge behalten werden. Er theilt sodann mit, daß bis zur definitiven Konstituierung Berg. Conzett als Schriftführer fungiren werde. Die Prüfung der Mandate wird den Genossen Mc. Guire, Herency, Watson und Nadson übertragen. Nach einer Pause gibt die Kommission ihren Bericht ab.

- Es sind vertreten:
1. Die belgische sozialistische Arbeiterpartei französischer und flämischer Zunge: J. Bertrand.
  2. Die sozialdemokratische Partei der Schweiz: Conzett, Schwarz, Herter.
  3. Die sozialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Amerika: J. Mac Guire.
  4. Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Dieselbe hatte, da der Wahlkampf gegenwärtig alle Kräfte in Anspruch nimmt, nur einen Vertreter gekandt: J. Braun.

\*) Es betrifft das die spanischen und österreichischen Sozialisten.

- Die organisierten sozialistischen Arbeiter in Belgien: Dr. B. Limanowski.
- Die portugiesische sozialistische Arbeiterpartei: J. Bertrand.
- Der Schweizerische Gewerkschaftsbund: J. Vogelbacher.
- Die Partei des arbeitenden Volkes in Genf: J. P. Beder und J. Solari.
- Die deutschen Sozialisten in der Schweiz: J. P. Beder.
- Der allgemeine Gewerkschaftsbund der Schweiz: Seubert.
- Der kommunistische Arbeiterbildungsverein in London, Tottenham Street: Radom.
- Fünf sozialistische Birkel in Posen und die Redaktion des Proletariat.
- Die sozialistischen Gruppen in Krakau: 12 und 13 vertreten durch Dlusty und Warinski.
- Die dänische sozialistische Arbeiterpartei: J. Braun.
- Die internationale Sektion von Buenos-Ayres (Südamerika): J. Bertrand.
- Der mittelfranzösische Verband der französischen sozialistischen Arbeiterpartei (Paris und Umgegend): B. Malon, J. Joffin.
- Der ostfranzösische Verband der französischen sozialistischen Arbeiterpartei (Lyon, St. Etienne, Grénooble u.): B. Malon. Zwei außerdem gewählte Delegierte (P. Brusse und J. Labusquière) waren verhindert, zu erscheinen.
- Die kommunistische Kolonie „Jung-Peru“ (Jowa, Ber. Staaten von Amerika): B. Malon.
- Die ungarländische Allgemeine Arbeiterpartei: Ferenzy.

Als Teilnehmer ist anwesend ein Mitglied der Gruppe „Tschornji Peredel“: Brg. Alexandrowitsch.

Es ist zu bemerken, daß das Mandat der dänischen Arbeiterpartei auf deren ausdrücklichen Wunsch auf den deutschen Delegierten übertragen wurde.

Ebenso das Mandat der portugiesischen Arbeiterpartei und der internationalen Sektion von Buenos Ayres auf den belgischen Delegierten.)

Der Bericht der Mandatprüfungskommission wird nach kurzer Debatte ohne Widerspruch angenommen.

Die französischen Delegierten beantragen, der Kongress möge Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, und wegen der hastigen Art und Weise, in der er zu Stande gekommen, nur in Form einer Konferenz tagen.

Dagegen wendeten einige Delegierte ein, sie hätten kein Recht, ihre Mandate abzugeben, die ihnen für einen Kongress ausgestellt worden seien. Andere und zwar die Mehrheit, sind der Ansicht, daß wir uns nicht hinter einer Konferenz verstecken sollten. Die Delegierten erklären sich bereit, alle Konsequenzen der Abhaltung des Kongresses zu tragen. Diese Erklärung geben auch die französischen Delegierten ab, die aber, wenn die Zusammenkunft als Kongress stattfindet, öffentliche Sitzungen verlangen.

Nach lebhafter Debatte wird über den Antrag der französischen Delegierten zur Tagesordnung übergegangen. Die französischen Delegierten geben die Erklärung ab, daß sie den Kongress als eine Konferenz betrachten.)

Es wird zur Konstitution des Bureaus geschritten. Zum ersten Präsidenten wird gewählt J. P. Beder, zum zweiten E. Conzert. Zum ersten Sekretär B. Limanowski, zum zweiten J. Bertrand.

Hierauf wird ein Geschäftsordnungsantrag angenommen, nach welchem jeder Redner zu jedem Punkte der Tagesordnung höchstens zweimal das Wort erhalten soll. Das Maximum der Redezeit beträgt für das erste Mal zehn, für das zweite Mal fünf Minuten.

Die französischen Delegierten beantragen, es solle nur nach nationalen Organisationen abgestimmt werden. Dagegen sprechen die Delegierten Seubert, M. Guire und Braun.

Dieselben sind der Ansicht, daß, wenn nach Parteien abgestimmt werden sollte, auch die Stühle dieser Parteien berücksichtigt werden müßte. Andererseits dürfte man annehmen, daß jeder Delegierte nach beher Überzeugung, ohne Voreingenommenheit abstimme. Schließlich, und das ist das Entscheidende, wird angeführt, daß es sich auf dem Kongress nicht um eine Majorisierung, sondern um eine Vereinbarung handle.

Die französischen Delegierten ziehen in Folge dieser Ausführungen ihren Antrag zurück.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

### Zweite Sitzung. 3. Oktober.

Eröffnung Vormittags um 8 1/2 Uhr durch den Präsidenten.

Der deutsche Delegierte beantragt, die Berichte über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung mögen schriftlich oder gedruckt beim Bureau

1) Ferner liefern im Verlaufe und nach Schluß des Kongresses noch verschiedene Sympathie- und Anschlußadressen ein. So u. A. von dem Nord- und Westverband der französischen sozialistischen Arbeiterpartei, von den Arbeitervereinen von Turin, Mailand, Imola u. s. w. Wir werden die Liste derselben erst in der nächsten Nummer vervollständigen können.

2) Uns sind die Gründe unserer französischen Genossen nicht recht einleuchtend. Vielleicht hatte sie die verhältnismäßig geringe Zahl der Teilnehmer am Kongresse verstimmt. Wir dagegen können es nur billigen, daß man eine weise Sparpolitik beobachtet. Auch ist es klar, daß Parteien, welche eine energische Tätigkeit entfalten, nicht viele Kräfte selbst für kurze Zeit entbehren können. Es hat uns sehr gefreut, daß der sozialistische Weltkongress verhandelt geblieben ist von jenen Kongressbeamten, welche, weil sie zu Hause nichts zu thun haben, alle ausländischen Kongresse unbesucht lassen. Die Bedeutung eines Kongresses ist nicht die Zahl der Delegierten, sondern die Zahl derer, die hinter den Delegierten stehen.

## Deuilleton.

### Die neueste Proklamation der „Narodnaja Wolja“.

Nach dem letzten Attentate in Rußland schien es, als seien die revolutionären Parteien gänzlich zersprengt. Gebeut wie wilde Thiere, suchten sich die edlen Kämpfer für die Freiheit Rußlands von Ort zu Ort flüchten, um den Verfolgungen der Czaristen zu entgehen. Kein Wunder, daß es den Sommer über stille blieb und daß die Autokraten sich bereits in der Hoffnung wiegen, die revolutionäre Bewegung erlosch zu haben.

Die Thoren! Sie lebt, sie hat ihre Organisation intact erhalten und bereitet sich vor, in erneuertem Angriff an dem Absolutismus zu rütteln. Angekündigt wird dieser Angriff in der neuesten Proklamation der „Narodnaja Wolja“. Da dieselbe in anderen Blättern noch nicht veröffentlicht worden, halten wir es für unsere Pflicht, unseren Lesern dies denkwürdige Schriftstück mitzutheilen. Es lautet:

Dem ruhmvollen Kosakenhuth der Armea vom Don, vom Ural, von Orenburg, vom Kuban, vom Terek, von Astrachan, Sibirien u. s. w. Ihr glorreichen Ahnen, Ihr ruhmvolles Geschlecht des russischen Volkes! Jahrhunderte sind schon vergangen, seit Ihr durch Eure großen Heldenthaten unsterblichen Ruhm errufen habt. Jahrhunderte lang schon erfüllt dieser Ruhm das russische Volk und mit Ehrfurcht gedankt es dem Kosakenhuth. Das Verdienst der Kosaken ist in der That ein großes. Seit unsterblichen Zeiten habt Ihr die Volkfreiheit gegen alle Feinde verteidigt. Ihr habt mit Eurem Blut jeden Fußbreit Landes besetzt, das Vaterland vor den unglücklichen Horden der Tartaren, Türken, Tataren und anderer verteidigt. Eure Schwerter und Lanzen waren in Konstantinopel und in China. Hunderttausende Eurer tapferen Brüder opferten ihr Leben an dem heiligen Altar des Vaterlandes. Das Verdienst der Kosaken besteht aber nicht allein im Kampfe gegen die Usurpatoren (Bäcker Ahnen) höher anzuschlagen ist das Verdienst, das russische Volk seit Alters her gegen seine Bedrücker im Innern ge-

oder bei einer zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission niedergelegt werden, welche deren Veröffentlichung innerhalb einer kurzen Frist zu besorgen habe. Seubert beantragt, daß allgemeine Berichte schon heute entgegengenommen werden. Im Uebrigen schließt er sich dem Antrage des deutschen Delegierten an.

Dr. Limanowski beantragt, daß die Berichte in einer öffentlichen Sitzung zur Berlesung gelangen mögen.

Nach kurzer Debatte wird Seuberts Antrag angenommen. Der des deutschen Delegierten noch mit dem Zusatz, daß die deutsche Partei den Druck in deutscher, die französische Partei in französischer Sprache zu besorgen habe.

Der amerikanische Delegierte schließt sich dem an mit der Erklärung, daß die Amerikaner den Druck in englischer Sprache selbst übernehmen.

Ferner wird ein Antrag des französischen Delegierten angenommen, daß die Berichte nicht mehr als je 10-15 Druckseiten in Oktav einnehmen sollen.

Weiter gelangt zur Annahme ein Antrag Malons, von jedem Bericht möge eine Abschrift nach Paris und eine nach Zürich geschickt werden welche die Veröffentlichung in französischer, respektive deutscher Sprache zu übernehmen habe.

(Fortsetzung folgt.)

## Das Elend in Paris.

Bekanntlich hat der satte Gambetta in einer Versammlung das große Wort gesprochen: „Es gibt keine soziale Frage, es gibt nur einzelne soziale Fragen!“ Mehrere seiner kürzlich zu Abgeordneten gewählten Kammeraden, die angeblich in Frankreich herumreisen, essen, trinken und Reden halten, sind sogar noch weiter in der Unverschämtheit gegangen und haben behauptet: Es gibt keine soziale Fragen!

Als beifolgende Illustration zu den Worten dieser opportunistischen Biedermeier veröffentlichte vor Kurzem die „Assistance publique“ (öffentliche Unterstützung) in Paris das Ergebnis von statistischen Erhebungen über Zahl, Alter, Geschlecht und Gewerbe aller derjenigen, welche in Paris keine Arbeit und keinen Unterhalt finden können und deshalb auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Diese Erhebungen haben stattgefunden vom 1. Mai 1880 bis zum Ende des gleichen Jahres und haben ein wahrhaft haarsträubendes Resultat geliefert.

Es gab demnach am 30. April 1880 in Paris eine Anzahl von 52,169 Haushaltungen mit zusammen 140,400 Personen, welche öffentlicher Armenunterstützung bedürftig waren. Eine spätere Sichtung hat allerdings diese Zahl auf 46,815 Haushaltungen mit 123,735 Personen vermindert, aber damit sind einmal jene ausgehiebene Familien um nichts besser gestellt, und auch die übriggebliebene Zahl bietet noch genug des Entsetzlichen.

Wenn man die angeführten Zahlen mit den im Jahre 1877 auf dem gleichen Gebiete angestellten Erhebungen vergleicht, so ergibt sich gegen 1877 der kolossale Zuwachs von 3153 Haushaltungen mit 16,418 Personen, und gegen das Jahr 1861 — seit welcher Zeit allerdings die Umgebung mit Paris vereinigt wurde, ergibt sich gar eine Vermehrung um 10,102 Haushaltungen mit 33,448 Personen.

Im Jahre 1877 kam im Durchschnitt ein Bedürftiger auf 17-56 Einwohner, im Jahre 1880 dagegen kam schon auf 16-07 Personen ein Bedürftiger. Dieser Prozentsatz vertheilt sich natürlich nicht gleichmäßig auf ganz Paris. So zählt z. B. das neuere Arrondissement (im Innern von Paris, also zu den „borechnmeren“ Stadttheilen gehörig) erst auf 49-08 Einwohner einen Bedürftigen. Dagegen finden wir in den Arbeitervierteln ganz andere Verhältnisse. Das 13. Arrondissement zählt zum Beispiel einen öffentlichen Armen auf 6-71 Einwohner (!) und das 20. Arrondissement (Belleville) einen auf 7-79 Einwohner!

Von den oben angegebenen 46,815 Haushaltungen erhasen 18,125 zeitweise, 28,690 dagegen jährliche Unterstützungen. In Hinsicht auf ihre Familienverhältnisse vertheilen sich dieselben, wie folgt:

Familien-Verheiratheter	19,568
Witwen	16,562
Unverheirathete Männer	6,221
Verlassene Frauen	2,339 (!)
Waisen	1,300
Ebelse Mütter	765

Haushaltungen 46815

Mehr als die Hälfte dieser Haushaltungen (24,633) haben nur ein einziges Zimmer, 17,234 besitzen je zwei Zimmer. In Hinsicht auf Geschlecht und Alter vertheilt sich die Anzahl der öffentlichen Armen folgendermaßen:

Männer	25,092
Frauen	41,291
Knaben	58,496
Mädchen	28,853
<b>Summe</b>	<b>123,735</b>

Die Geschäftszweige, welche der Armuth das härteste Kontingent liefern, sind:

bei den Männern:

- 1) In der Großindustrie: Mechaniker, Feiler, Maschinenisten, Schmiede, Drechsler, Kunstschneider, Juchendmacher (zusammen ungefähr 9000).
- 2) Im Kleinhandwerk: Lampenmacher, Posamentierer, Waffenschmiede, Gerber, Knopfmacher, Kunstdrechsler, Verfertiger von Pariser Artikeln u.
- 3) Im Baugewerbe: Maurer, Steinhauer, Schlosser, Bautischler, Maler, Raurechhandlanger, Erdarbeiter (zusammen ungefähr 1000!).
- 4) In verschiedenen Branchen: Schneider, Schuhmacher, Nagazin-arbeiter, Köche, Fleischer, Weinhandler, Straßenhändler, Gemüsehändler, Handlungsdiener, Eisenbahnbeamte, Musiker und Säger, Schreiber, Stenokure, Ciseleure, Lithographen u. (ungefähr 4000).

schlägt zu haben. Das reiche Kosakenhuth war die Wiege der russischen Freiheit. In den Kosakenländern waren alle seit uralten Zeiten gleich. Alle waren frei. Alle benutzten gemeinsam das Ackerland, das Oedland, die Gewässer u. s. w. Ihr habt dem ganzen Volke als Beispiel gedient, wie ein freier Mensch leben soll. Und der Ruf vom ruhmvollen Leben der Kosaken verbreitete sich überall. Die Unterdrückten, die unterdrückten Bauern lernten davon und schütteten sich zu ihnen vor den unglücklichen Steuern, den Bedrückungen der Regierung und der Adligen.

Eure Ahnen und Vorfahren haben alle bei sich angenommen, Niemanden verrathen oder ausgeliefert, den Leibeigenen als freien Mann betrachtet, den Bauer zum freien Kosaken, zum ruhmvollen Helden gemacht. Der Ruf der Kosaken verbreitete sich auch dieserhalb überallhin, das Volk freute sich, daß es Verteidiger besäße, dachte darüber nach, wie gut es wäre, wenn alle freie Kosaken werden könnten, wie viel besser man dann in Rußland leben würde.

Aber auch damit ist Euer Verdienst, Kosaken, nicht erschöpft. Eure Ahnen und Vorfahren wollten, als sie von den Unterdrückungen hörten, die das russische Volk von den Adligen und der Regierung zu erdulden habe, dasselbe nicht im Stiche lassen. Mehrmals erhob sich das Kosakenhuth gegen das Moskowitserthum, um das russische Volk zu befreien. Eure Urkosen, Kosaken, kämpften gegen den Jaren Boris (Godonow), weil er das Bauernthum knechtete. Auch der berühmte Ataman, Stepan Kasin mit seinen wackeren Genossen vom Don zog gegen Moskau, trieb die kaiserliche Heerführer vor sich her und bahnte der Freiheit der Bauern eine Gasse.

Ein anderer Kosak vom Don, Emelian Bagarischew, verbündet mit den ausgesprochenen Kosaken vom Ural, erhob sich dann, dem russischen Volke die Freiheit zu erobern und rüttelte so stark am Moskowitserthum, daß ein Jahrhundert lang die Erinnerung daran im Volke fortlebte.

Wo sich aber die kaiserliche Unterdrückung an die Kosaken selbst heranwagte, da fanden sich bei Euch wackere Kämpfer, Bulawin's und Restrow's, die zu jenen wußten, daß man mit Kosaken nicht spähen dürfe. Darin besteht das große Verdienst des Kosakenhuths, daß es ein Beispiel der Freiheit dem ganzen russischen Volke gab, und selbstlich mit Todes-

5) Bediente, Tagelöhner und dergleichen; diese sind von allen die zahlreichsten.

Zu diesen gesellen sich noch die nicht in der Lehre befindlichen Waisenkinder, Blinde, mit der englischen Krankheit Behaftete, Arbeitsunfähige und Blödsinnige, zusammen eine Anzahl von 1197.

### Frauen.

Unter den Frauen sind hauptsächlich vertreten: Spulcrinnen, Schachtel-macherinnen, Plattenmacherinnen, Portenwirerinnen, Knopfmacherinnen, Kleidermacherinnen, Korsettmacherinnen, Weisnäherinnen, Bekleider-näherinnen, Westmäherinnen, Schuhstickerinnen, Wäscherinnen, Blü-tercrinnen, Lehrerinnen, Mägde, Köchinnen u. s. w.

Die Waisen unter 16 Jahren, die nicht in keinem Geschäft sind, die Blinden, die Blödsinnigen, die Fallsichtigen, die Nichtbräutiggen, die arbeitsunfähigen Kranken jeder Art machen hier zusammen 1357 Personen aus.

Das ist in allgemeinen Umrissen das düstere Gemälde, welches die „Assistance publique“ der Öffentlichkeit übergeben hat. Aber das ist nur, um sich so auszudrücken, das offizielle Elend von Paris.

Rechnete man erst einmal dazu alle die Bedürftigen, welche jenes Zu-stand nicht annehmen konnte, alle die verächteten Armen, die zu stolz oder zu furchtsam sind, um Unterstützung zu begehren, alle diejenigen, deren Arbeit nur halb zum Leben hinreicht, die also ohne Anspruch auf Unterstützung langsam verhungern müssen, und erst dann wird man sich eine ungefähre richtige Vorstellung von dem in Paris herrschenden Elend machen können. Und auch dann sind die verlassenen Kinder jeder Art, die Bagabunden, die der bürgerlichen Ehrenrechte Beraubten und An-dere mehr noch nicht einmal eingerechnet.

Und Angesichts all dieses Elends, daß übrigens in den übrigen euro-päischen Großstädten nicht geringer ist, wagen es Gambetta und seine Nachbeter, diese Raubbeuten der Bourgeoisie, zu sagen:

„Es gibt keine soziale Frage, es gibt nicht einmal soziale Fragen.“

Aber die französischen Arbeiter, die Söhne der Junkkämpfer und Jengen der blutigen Maiwoche, werden ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben.

## Missionärisches aus Afrika.

Etwas für Herrn Gutfamer im Reichstag vorzulesen.

Während das Christenthum in Europa und besonders in Deutschland gegenwärtig mit kämpfhafter Anstrengung versucht, neue Flecken auf sein altes schätziges und zerlumptes Gewand zu legen — was doch selbst nach dem Ausspruch seines angeblichen Stifters ein unnützes Bemühen sein soll. — schreit es sich bei den Regern in Afrika in seiner ganzen Herunter-gelommenheit zu offenbaren.

Benignus kommen von dorthier Nachrichten, welche für jeden vernünf-tigen Menschen nur erschrecklich und aufheuernd sein können. Wir theilen sie deshalb in dieser ersten Zeit als erheiternde Lektüre unsern Lesern mit.

Der bekannte Afrikareisende Stanley hatte an einem der Niesenseen in Inner-Afrika ein großes Negerreich Namens Uganda angetroffen, mit dessen mächtigem Beherrscher Nteta er eine Art auf gegenseitiger Ausbeutung be-gründetes Freundschaftsverhältnis anknüpfte. Stanley selbst wie auch der „Staatssozialist“, dem wir die in Folgendem erzählten Fakta entnehmen. — schildern diesen Nteta als einen Ergauner und Schurken, der allen Lakern ergeben sei. Nichtbedenklicher ließ Stanley seine Gelegenheiten vorbei, „um seinen hohen Freund, den Kaiser und König Nteta“ (Worte des „Staats-sozialist“) für das Christenthum zu gewinnen. Seine Erfolge waren über-raschend, was indessen für einen denkenden Menschen kein Wunder ist, wenn man ermägt, daß so ein schlauer Coureur, wie Nteta, schon in-aktiv fühlen musse, wie gut eine Religion, die, wenn sie einzig die Knechtung und Verdummung der Menschen sich zur Aufgabe macht, für sein Despotenlamm paßt.

Auf Stanley's Betried wurden dann englische Missionäre nach Uganda geschickt, um die armen Neger gegen einander zu hegen und ihnen ihr biischen Gethirn vollends zu verkleistern. Gleich bei ihrer Ankunft verlangte Nteta von den Missionären, sie möchten ihm Kanonen und Pulver machen, was sie ihm jedoch abschlugen. Diese ihre Weigerung ist eigentlich das merkwürdigste bei der ganzen Geschichte.

Trotzdem aber wurde sogleich nach Bismarck's sozialreformatorischem Vorbild mit der Christianisierung des Volkes und Landes begonnen. Skaven-handel und Sonntagarbeit wurden ohne Weiteres verboten, und Nteta dachte sogar — wie sich der „Staatssozialist“ sehr fein ausdrückt — über die Verwerflichkeit der Vielweiberei nach. Aber wohlgemerkt, er dachte nur darüber nach!

Soweit war Alles gut, der Weizen des Ackerthums blühte. Aber man hatte die Rechnung ohne die Besaiten gemacht. Eines schönen Tages er-schienen jesuitische Missionäre in Uganda und bemähten sich natürlich wieder einmal viel schlauer, als die dummen Protestanten. Zunächst brachten sie Nteta recht christliche Geschenke mit, Hinten, Revolver, Säbel und Un-iformen, die auf den „hohen Herrn“ einen tiefen Eindruck machten. Dann provozierten sie einen öffentlichen Skandal, bei dem sie die Protestanten Lügner nannten, was Nteta zu dem klassischen Ausspruch veranlaßt haben soll: „Was soll ich glauben? Wer hat Recht? Zuert war ich Heide, dann wurde ich Mohammedaner, dann Christ! Jetzt kommen wieder andere Weiße und sagen mir, die Engländer seien Lügner.“

„Wenn ich den neuen Ankömmlingen glaube, kommen nach ihnen viel-leicht wieder andere und erklären auch sie für Lügner.“

Bei alledem war Nteta so schlau, keiner von beiden Parteien Recht zu geben. Er dachte vielmehr frei nach Heine:

Welcher Recht hat, weiß ich nicht,  
Doch es will mich schier bedünken,  
Protestant, wie Jesuit,  
Daß sie alle beide sinken!

verachtung sowohl die eigene Freiheit wie die des Volkes verteidigte. Deshalb ist das Kosakenhuth berüchtigt geworden! Das russische Volk weiß wohl, daß es, so lange das Kosakenhuth lebt, nicht zu Grunde gehen wird.

Ataman! Auch wir wenden uns jetzt an Euch und fordern Euch an zu einer großen Sache. Zeigt, daß der alte Geist noch lebt, daß der Säbel des Kosaken es noch wagt, sich zu erheben für die Gerechtigkeit und Freiheit. Bekannt ist es, wie die Lage Rußlands jetzt ist. Ihr wißt selbst, daß das Leben in Rußland mit jedem Jahre un-erträglich wird. Die Bauern sind verarmt, der Grund und Boden ist den Adligen und Zirkonowits als Beute zu Theil geworden, die Steuern wachsen von Jahr zu Jahr, im Staate herrscht überall Un-ordnung, die Polizei heuet das Volk aus und die Regierung klammert sich um nichts. Das allgemeine Elend ferner, haben wir Sozialisten uns entschlossen, für das Volk einzutreten, errichteten für diesen Zweck ein besonderes Exekutivomite, das sich an den früheren Jaren, Alexander II., mit der Erklärung wendete, daß in Rußland die Lage gegenwärtig schlimmer sei, als unter der Leibeigenschaft, und mit der Forderung, daß der Jar sich um die Lage des Volkes kümmere.

- Das Exekutivomite fordert:
- 1) Uebergabe des Grund und Bodens in die Hände der Bauernge-meinden.
  - 2) Uebergabe der Fabriken und Werkstätten in die Hände der Arbeiter-geuossenschaften.
  - 3) Forderung von Delegirten aus dem ganzen Volke, Bauern, Ar-beiter, Kosaken u. durch den Jaren. Ohne die Zustimmung dieser Delegirten seien keine Steuern aufzuerlegen, keine Befehle zu geben, keine Kriege zu führen.

Der Jar Alexander II. hat nicht nur unsere Forderungen zurückge-wiesen, sondern erklärte uns in der ganzen Welt als Vöbder und benkte unsere Genossen zu Töbenden. Das Volk aber unterdrückte er noch mehr als früher, ließ in allen Kirchen erklären, daß die Bauern keine Landvertheilung zu erwarten hätten, befohle noch mehr Uradwits und Poljisten, so daß man gar nicht mehr frei atmen konnte.

und suchte beide gehörig auszubenten, indem beide sich, um seine Günst zu erhalten, in Gefährten überboten mußten.

Man kann sich denken, welcher Schwundel und welche Gaunerstücke von beiden Seiten aufgeführt wurden, um den Sieg zu behalten, und als dann auch noch die Muhamedaner die Gelegenheit von neuem günstig glaubten und Befreiungsversuche anstelleten, da mag ein nettes Durcheinander und eine tödliche Verwirrung in Uganda geherrscht haben.

Während all' dieses Woffengangs hatte sich indessen im Volke selbst eine — wie der Staatssozialist sich kühnlich genug ausdrückt — „unheimliche“ Reaktion des alten heidnischen Aberglaubens gegen die fremden Einflüsse vorbereitet. Wir kennen den Aberglauben der Männer von Uganda zwar nicht, meinen aber, daß er kaum blödsinniger und widerspruchsvoller sein kann, als derjenige gewisser christlicher Richtungen.

Die Volkstimmung trug denn auch schließlich beim König den Sieg davon, und dieser (der bei dieser Gelegenheit vom Staatssozialist plötzlich den Beinamen eines launischen Despoten erhält) theilte darum jetzt öffentlich das Koalitionswort aus: „Wir wollen jetzt nichts mehr mit der Religion der Krieger und Weisen zu thun haben, sondern zur Religion unserer Väter zurückkehren“, eine Erklärung, die von dem ganzen Volke, wie von den Häuptlingen mit großer Befriedigung aufgenommen wurde.

So hatten die Christen sich gründlich blamiert und liegen sich nun untereinander in den Häuten, indem Protestanten und Katholiken sich gegenseitig die Schuld zuschieben.

Und dieses Gesicht, das sich sogar schon vor den Wilden Afrika's blamiert und von ihnen verlacht wird, hat die freie Prese, von dem deutschen Volke die Rückkehr zum Glauben an seinen Unsin zu verlangen, ja sogar das hungernde Proletariat mit Bettelkuppen hier und einem Wechsel auf den Kopf abspülen zu wollen.

Wären sich katholische wie protestantische Pfaffen Böller ausfuchen, die noch dümmer sind, als die Keger, denn bei andern dürften sie in nicht allzulanger Zeit nicht mehr Dumme genug finden, um auf deren Kosten faulenzeln zu können.

### Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 5. Oktober 1881.

— Aus dem Gefängniß Deutschland, den 30. September, schreibt man uns: Die Polizei hat es offenbar darauf angelegt, unserer Partei jede Wahlthätigkeit unmöglich zu machen, und da die Polizei nicht ohne höheren Auftrag handelt, so muß man annehmen, daß die Regierung, Bismarck an der Spitze, Weisung in diesem Sinne gegeben haben. Man will nicht, daß wir wählen. Die Thatfachen lassen keine andere Deutung zu. Man bedenke nur: In Berlin wird Stahl ausgewiesen, weil er sagte, er werde nicht für den Reaktionsär stimmen, sondern für den Sozialdemokraten. In Dresden-Aktstadt wurden — vor acht Tagen — 30 Träger eines Wahlflugblattes verhaftet, das nicht verboten war und bis auf den heutigen Tag nicht verboten ist. In Dresden-Neustadt dergleichen — vor 3 Tagen. In Dresden wird 30 Personen das Recht der Verbreitung von Druckschriften entzogen, bloß weil sie unverbundene sozialdemokratische Wahlflugblätter ausgelegt haben. Wer im Verdacht steht, für eine sozialdemokratische Kandidatur irgendwie zu agitieren, wird von der Polizei auf Schritt und Tritt verfolgt, in der schamlosesten Weise bedrängt, aus dem Wohnhause vertrieben, aus dem Badhause durchsucht — wie dies z. B. Liebknecht vor acht Tagen in Tschalkheim (Ergebirge) passirt. Es ist wahr, all' diese Inzereien sind erfolglos und können uns nicht an der Ausübung unserer Pflichten hindern, aber der Zweck liegt doch greifbar auf der Hand: den Sozialdemokraten jede Wahlthätigkeit unmöglich zu machen. Wenn die deutschen Regierungen im Auftrag der Rikissien handelten, könnten sie nicht anders handeln. Habeant sibi! Sie werden ernten, was sie säen. — Ein Beschluß angeht sozialdemokratischer Arbeiter Hamburgs in Gauen des Tabakmonopols hat viel Staub aufgewirbelt, weil man die betr. sozialdemokratischen Arbeiter für wirkliche Sozialdemokraten hält. Das ist aber ein Irrthum — die fraglichen „sozialdemokratischen Arbeiter“ sind Mitglieder des famosen, mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung vegetierenden (ehemals Bräuer'schen) „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“, dem durch ein Votum der Gräfin Hayek und Zuschüsse aus dem Replikensfonds etwas Geld auf die dicker brennende Lampe gegossen worden ist. Diese traurige Karrikatur eines Vereins hat absolut nichts zu bedeuten und spielt in Hamburg-Kitona genau dieselbe lächerliche Rolle, wie in Berlin die Herren Körner und Fian, denen die Polizei, da sie sich zu sehr blamierten, und für das viele Geld auch nicht das Mindeste leisteten, vor Kurzem die Rude geschlossen hat.

— Blut und Eisen — das Patrimonium der Entertenten. Sonnabend den 1. Oktober hatten die Bismarck'schen „Sozialisten“ in Altona eine Versammlung bekannt Bauerjünges einberufen. Das Thema war das Tabakmonopol und die Altersversorgung der Arbeiter. Die Versammlung war von ungefähr tausend Personen, meist Parteigenossen, besucht. Natürlich begegneten die Ausführungen der Regierungsozialisten stürmischem Widerspruch — unsere Genossen erklärten laut und offen, nicht auf den Bismarck'schen Keim gehen zu wollen: Grund genug für die Polizei, in das Lokal einzudringen und die Opposition mit blanker Waffe auseinanderzutreiben. Blut ist geflossen, zahlreiche Personen sind verwundet, andere verhaftet worden, die Verhaftungen weiterer „Schuldiger“ werden erwartet: das ist die „Staatshilfe“ des preussischen Kaiserthums.

Als das Exekutivkomitee sich überzeugte, daß der Jar bloß auf seinen Krügen, nicht aber auf das Wohl des Volks bedacht sei, vernichtete es ihn wegen seiner Gesandtschaften zum Tode und ließ ihn am 1. März hinrichten. Daraus bestieg den Thron Alexander III. Das Exekutivkomitee wandte sich auch an ihn, hat, des Volksbedarfs eingedenk zu sein, sich zu erinnern, daß der Jar nicht zu seinem Vergnügen, sondern des Volkes wegen da sei. Aber Alexander III. hörte uns auch nicht, geriet in Zorn und erklärte, er werde so weiter herrschen, wie bisher in Rußland geherrscht worden. Die Bauern haben kein Land zu erwarten und von einer Nationalversammlung will er nichts wissen.

Wahlan, alles Blut, das nun freiwillig im russischen Reiche vergossen werden muß, komme über sein Haupt.

Das Exekutivkomitee erkennt, daß nach alledem vom Jaren nichts mehr zu erwarten sei. Nun müssen alle Kräfte konzentriert, ein Aufruf muß organisiert und die Regierung niedergeworfen werden. An ihre Stelle soll die Nationalversammlung treten, bestehend aus Delegirten des ganzen Volkes, und diese mag eine neue Regierung und neue Gesetze einführen.

Auf welche Seite werdet Ihr Euch stellen? Auf die Seite des Jaren oder auf die des Volkswillens? Seit Jahrhunderten wartet Ihr die Vertheidiger des Volkes; werdet Ihr Euch jetzt durch die kaiserliche Gasse bescheiden lassen und Euch gegen das Volk stellen? Wie es scheint, kennt Ihr gut genug des Jaren Gans. Ihr wißt wohl, daß die Rechte und Freiheiten der Kosaken seit Langem immer mehr beschritten worden. Wohl fürchtet man sich noch, Euch auf einmal in die Voge der Bauern zu verfechten. Man thut es aber allmählig und im Stillen; heute wird Euch das eine Recht verweigert und morgen das andere. Jetzt schon seit Ihr Eures früheren Repräsentativsystems verlastigt gegangen, und ist es dem eigentlichen Kosaken sehr schwer, es bis zum Hauptmann zu bringen, geschweige denn bis zum Oberbefehlshaber. Alle Stellen befehlt der Jar mit seinen Offizieren und Tschinowitsch. Euer Grund und Boden ist jetzt zerstückelt und vertheilt, damit die Solidarität zwischen Euch verschwinde und Zwiespalt und Reid bei Euch herrsche. Von Jahr zu Jahr wird der Dreck für Euch schwerer gemacht,

— „Mitbürger! Das Adonithum verräth und lachtet uns nach Zunen und nach Augen. Es schart um sich die schlechten Kräfte aus dem Volke selbst, um die Guten zu vernichten. Gewalt, rohe Gewalt der Bajonette sind die Gründe des Adonithums gegen das Volk. Sollen wir zusehen, wie man unsere Väter im Jere gegen uns treibt, damit sie in falsch verstandenem Gehorsam uns und unsere Väter und Kinder morden? Vagt uns vollenden, was uns die erste Revolution zu thun übrig gelassen. Wir wollen das Uebel an der Wurzel angreifen und radikal ausrotten, damit es uns nicht von Neuem über den Kopf wächst. Reissen wir das alte morsche Gebäude bis in seine Grundvesten hinein zusammen und errichten einen Palaß, worin Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit thronen!“

So schrieb — nicht etwa ein blutdürstiger Sozialdemokrat, nicht etwa ein Königsüberdieser Nihilist, sondern — die fortschrittliche Tante Bof — allerdings im Jahre 1848. Diefelben Fortschrittler erziehen heute nicht nur in Loyalität gegen das Hohenzollernthum, sondern weisen auch den Ruf: „Fort mit Bismarck!“ mit Entrüstung als Verläumdung zurück. Schlagender kann der Bankrott der Bourgeoisie nicht illustriert werden.

— Bourgeoisblödsinn und -Niedertracht. Der „Hamburger Korrespondent“, beiläufig bemerkt, daßjenige deutsche Bourgeoisblatt, welches die Arbeiterfrage am besten kennt und mitunter auch die Wahrheit sagt, beginnt einen Leitartikel über die Wahlen wie folgt:

„Neben der parlamentarischen Zukunft Deutschlands haben niemals so dicke und so dunkle Wolken gehangen, wie am Vorabend der diesmaligen Reichstagswahlen. Der Staatsmann, dem das Vaterland seine Wiedergeburt zu danken hat und der an Einfluß und Popularität der erste Deutsche ist und bleiben wird, hat an seine Anhänger Forderungen gestellt, welche ein großer Theil derselben zu erfüllen außer Stande ist.“

Betrachten wir den Blödsinn und die Niedertracht etwas näher. Also „das Vaterland verdankt dem Staatsmann (Bismarck) seine Wiedergeburt!“ Was heißt Wiedergeburt? Daß Deutschland (1806) zerrissen wurde, und daß der preussische Schnapsjunker Bismarck ein elendes „Kumpdeutschland“, um ein hohenzollern'sches Königswort zu gebrauchen, unter preussischer Hauspfeife und Väterhaube hergestellt hat. Doch versehen wir das Ding nicht zu genau, und nehmen wir einmal an, es verhielte sich das Ding mit der „Wiedergeburt“ wirklich so, wie der Artikelsschreiber meint oder zu meinen vorgibt: das heißt der „Traum“, das „Ideal“ der „deutschen Patrioten“, der „Freiheitskämpfer“ von 1848 und 1849“ sei 1866 und 1870/71 „herrlich erfüllt worden“. Ist Bismarck etwa der „Vater“ dieser „Idee“, dieses „Ideals“? Steht es nicht seit fünf Jahrzehnten in unangählicher Köpfe? Und hat denn das deutsche Volk 1870/71 gar keine Rolle gespielt! Was hätte Bismarck ausgerichtet, ohne die Million Soldaten, die so dumm war, an eine patriotische Pflicht zu glauben, — und ohne die Masse des deutschen Volkes, welche begeistert auf den Schnapsjunker-Keim ging? Begreift denn dieser Artikelsschreiber nicht, daß er das deutsche Volk durch diese Vergötterung Bismarck's auf's Tiefste beleidigt — wenn anders das Volk durch einen derartigen Gesellen beleidigt werden kann? Hat er denn gar keine Achtung vor seinem Volke? Ist er so einseitig, zu glauben, ein Mensch, und habe er tausendmal den Verstand und die Macht und den „eisernen Willen“ des Schnapsjunkers Bismarck, besitze die Fähigkeit, die Wunderkraft, einem Volk wie dem deutschen zur „Wiedergeburt“ zu verhelfen, d. h. es zu verjüngen, ihm eine andere Natur zu geben? Es ist wahr, Schnapsjunker Bismarck hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, dem deutschen Volk eine andere Natur zu geben, d. h. es zu verderben, zu demoralisiren und zu brutalisiren, allein das ist ihm nicht gelungen und wird ihm auch niemals gelingen.

„(Bismarck), der an Einfluß und Popularität der erste Deutsche ist und bleiben wird!“ Ist? Der „Einfluß“ mag noch passiren, aber die Popularität! Welche servile Gesinnungslosigkeit gebet dazu, jetzt, wo nicht bloß die ungefähre die Hälfte der Nation bildenden reichsfeindlichen Parteien par excellence, sondern selbst die Liberalen aller Schattierungen die Bismarck'sche Politik als eine verderbliche, gemeinschädliche betrachten, von der Popularität Bismarck's zu reden! Oder kann Bismarck in der That bei denen populär sein, die seine Politik für verderblich halten? Popularität heißt doch Allgemeinbeliebtheit. Von einer Popularität zu sprechen, wo die Mehrheit des populus (Volk) Abneigung, jaß Verachtung fühlt, ist einfach ein Widerspruch.

Und „bleiben wird!“ Bismarck wird der populärste und einflussreichste Mann bleiben? Wie lange denn? Noch Hundert, noch Tausend, noch eine Million Jahre? Bismarck ist wohl unsterblich? Vni über diese gedankenlose Wägennererei!

Und o des Unglücks! Dieser populärste und einflussreichste Mann, dem Deutschland seine Wiedergeburt verdankt, hat „Forderungen gestellt, die ein großer Theil seiner Anhänger zu erfüllen außer Stande ist“. Ein entsetzliches Dilemma! Freilich, der simple, gesunde Menschenverstand wird kein Dilemma erblicken. „Anhänger“ hören eben auf, Anhänger zu sein, sobald das Objekt ihrer Anhänglichkeit aus dem einen oder anderem Grund aufhört, Gefühle der Anhänglichkeit einzuschöpfen. Das ist so klar wie die Sonne — für den gesunden Menschenverstand. Für den verkrümmten, korrupten Bourgeoisverstand steht die Sache jedoch anders: er behält die Anhänglichkeit bei oder läßt sie sich und Anderen doch vor und — macht wenigstens Opposition? Behüte! Er möchte nur Opposition machen, begnügt sich aber damit, ein paar gesinnungsstüchtige Lusthiebe zu führen und die Hand zu läffen, welche ihn schlägt und die Stiefel zu lecken, mit denen der Angebetete ihm Fußtritt über Fußtritt versetzt.

Daß eine Opposition, die von der Annahme ausgeht, der, gegen den Opposition gemacht werden soll, habe, trotz seiner gemeinschädlichen

damit Ihr selbst des Kosakenlebens überdrüssig werdet und es mit dem Bauernleben vertauscht.

Ihr seht also, wohin die Regierung strebt. Allmählig treten jetzt schon bei Euch Steuern auf, Verläufige Lokalsteuern, bald aber werden auch Regierungskontoren kommen. Eure Afsenale und Geschütze nimmt man Euch weg, damit Ihr außer Stande seid, Eure Rechte zu vertheidigen. Hütet Euch, man wird Euch auf diese Weise umstücken, ohne daß Ihr es merkt. Seht Ihr nicht, daß die Regierung die Vernichtung des Kosakenlebens im Auge hat? Sind nicht vor Kurzem 3000 der besten Kosaken vom Ural an den Amurbarja verfrachtet worden? Ist es denn lange her, daß die Kosaken vom schwarzen Meer hinter den Kuban auswandern mußten? Jetzt bemächtigt man sich, die ruhmvollen Dosa'schen Kosaken zu vernichten, so daß keine Spur von ihnen übrig bleibt.

Wißt Ihr denn nicht, daß der Jar befohlen hat, die Don'schen Kosaken nach Ams zu verfechten? Und wer bleiben wird, der muß Bauer werden. Werdet Ihr das dulden? Eure Nachkommen werden Euch kaum dankbar sein, wenn Ihr von Euren bekannnten Freiheiten laßt. Sie werden Eurer nicht mit Ehrfurcht gedenken, wenn sie gezwungen sein werden, nach den Gesetzen, die für die Bauern gelten, zu leben und das ganze Leben lang für die Regierung und die Abgelgen zu arbeiten. Wackere Krieger, genug der Geduld! Nicht durch Geduld, nicht durch Untertänigkeit haben Eure Ahnen Land und Freiheit erobert. Auch nicht vom Jaren haben sie dieselben bekommen. Mit eigenem Blute haben sie dieselben erkämpft, mit eigenem Blute haben sie sie auch behauptet.

So ziemt es auch Euch zu handeln. Erwacht mächtiger Adler, erinnert Euch, daß Ihr noch Eure Säbel und Lanzen habt. Erinnert Euch, daß auch die Gerechtigkeit auf Eurer Seite ist, daß Ihr nicht nur Euch allein, sondern das ganze russische Volk vertheidigt. Eures Kosakenlebens! Eure Macht, Eure Freiheit ruht nicht beim Jaren, sondern im Volke, den Jaren ist die Freiheit ein Gräuel. Die Jaren haben Euch bisher nur deshalb nicht angegriffen, weil sie sich fürchten. Sie wußten wohl, daß, wenn sich nur einmal das Kosakenlebens erheben würde, das ganze Volk ihnen folgte. Die jetzigen Jaren meinen, Euer Ruhm im Volk zu erschöpfen, der Bauer habe seine Solidarität mit dem Kosaken vergessen.

Thätigkeit, die „Wiedergeburt“ des Vaterlandes bewirkt, sei an Einfluß und Popularität der erste Deutsche und werde es bleiben“ — daß eine derartige Opposition keine Opposition ist und absolut keine Ansichten hat, das geringste zu erreichen — das liegt auf der Hand. Sie offenbart bloß die totale Verkommenheit unserer Bourgeoisie. Denn ähnlich wie der „Hamburgische Korrespondent“, schreibt und argumentirt unsere gesammte Bourgeoisie, die fortschrittliche so gut wie die liberale.

— Wie groß die Angst der deutschen Despoten um ihr jämmerliches Leben ist, dafür liefert wieder ein Vorfall einen treffenden Beweis, der jüngst einem in Deutschland reisenden russischen Universitätsprofessor passirte. Dieser, der von seiner Regierung bearlaubt war, um in Deutschland Studien zu machen, der also gewiß ein ganz ungefähliches Individuum ist, erzählt in einer Petersburger Zeitung folgendes:

Auf seiner Reise nach Karlsruhe gelangt, ging er daselbst eines schönen Tages spazieren und hatte den lokalen Wunsch, den Großherzog von Baden zu sehen. Er wendete sich deshalb an einen ebenfalls dort bummelnden Schugmann und fragte, ob der Großherzog schon ausgefahren sei? Sofort wurde er als unmuthwilliger Arienatler verurtheilt und blieb trotz allen Jammers zwei Tage im Gefängniß. Man wollte ihm nicht einmal erlauben, an einen Bekannten in Heidelberg zu telegraphiren, bei dem er seinen Paß und seine Sachen zurückgelassen hatte. Erst nach Ablauf der angegebenen Zeit, reiste ein Polizist nach Heidelberg, zog Erkundigungen ein, und dann erst wurde der Herr Professor entlassen.

Derfelbe beklagt sich außerdem noch bitter über die Brutalität und Gemeinheit, welche die deutsche Polizei an jenen zwei Tagen gegen ihn begangen habe. Soweit wären wir nun also glücklich gekommen, daß es selbst den Russen, die doch wahrhaftig nicht verwöhnt sind, in Deutschland unheimlich zu werden anfängt, — ein neuer Beweis, daß unsere Zustände nicht bloß untertäuflich, sondern sogar untercruffisch sind.

— In Harburg (Hannover) ist Kuer als Kandidat aufgestellt.

— Die „Tribüne“ meldet: „Auf Grund des Sozialistengesetzes wurde u. A. vor einiger Zeit der Journalist Hillmann aus dem Hamburger Gebiet ausgewiesen. Kurz nach seiner Ausweisung suchte derselbe beim Hamburger Senat um die Erlaubniß der Rückkehr nach Hamburg nach und führte zur Unterstützung seiner Bitte an, daß er sich von der sozialdemokratischen Partei losgesagt habe und jetzt eine staatssozialistische Zeitung herausgeben wolle. Der Senat lehnte dieses Gesuch ab. Jetzt hat Hillmann sich, wie die „Kiel. Jtg.“ vermindert, an die kgl. Regierung der Provinz Schleswig mit der Bitte gewandt, sich in Lauenburg aufhalten zu dürfen, um dort eine konservative, staatssozialistische Zeitung herauszugeben. Wie nicht anders zu erwarten stand, hat ihm die königliche Regierung den Aufenthalt in Lauenburg unter diesen Umständen gestattet.“

So hat das Sozialistengesetz doch das Gute, unsere Partei von derartigen jämmerlichen Patronen zu befreien.

— Lokalisches meldet die Norddeutsche Allgemeine aus Wien: „Ein Infanterist der 3. Kompagnie des 32. Infanterieregiments, Namens Franz Knubbaum, hatte am 28. Juli d. J. am besten lichten Tage seinen Vorgesetzten, den Korporal Julius Hartl, im Schlafe wachlings erschossen. Der Mörder wurde am 26. d. M. vor das Kriegsgericht gestellt und nach durchgeführter Verhandlung zur Ausstoßung aus dem Besatze der 1. L. Armee und sonach zum Tode durch den Strang verurtheilt.“

Die Gründe, die den Mann zum Morde trieben, hat man wohlweislich verschwiegen, man verschweigt die fortgesetzten schändlichen Mißhandlungen, welche den Unglücklichen schließlich zur Vergegnung brachten und vor die Alternative stellten: Selbstmord oder Ermordung des Feinigers.

Jetzt „büßt“ er sein „Verbrechen“ mit dem Tode. Es wäre lächerlich, an eine „Begnädigung“ zu denken, Angesichts des Interesses für „stramme Disziplin“, welche sein „oberster Kriegsherr“ stets an den Tag gelegt hat. Aber kann die Todesstrafe ein Abschreckungsmittel sein für Menschen, denen der Tod als eine Erlösung von ihren Qualen erscheint? Sicher nicht, und darum wird die Ermordung der Vorgesetzten in der Armee, Angesichts der wachsenden Mißhandlungen der Soldaten, bald eine ebenso konstante Ziffer bilden, wie bisher der Selbstmord. Und nicht die Todesstrafe wird diesem „Verbrechen“ ein Ende setzen, sondern nur die Vernichtung des hochwürdigen Militarismus.

— Sonntag den 3. Oktober fand in Paris eine von mehr als 3000 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher die Anklage gegen Vullier verhandelt wurde. An Stelle Masons, der an demselben Abend zum Weltkongress verreisen mußte, begründete Liffagoray in längerer Rede die Anklage, Vullier habe die Kommune verrathen. Humbert sagte noch die Anklage hinzu, er habe in Realadonien Mißdeportierte denungirt. Vullier war frech genug, seinen Verath nicht einmal zu leugnen. Einstimmig sprach die Versammlung ihre Verachtung über dieses elende Subjekt aus und nur schleunige Flucht durch eine Hintertür konnte ihn vor der Volksjustiz retten.

### Korrespondenzen.

— Magdeburg, im September. Bei uns hier wird tüchtig gewühlt, und trotz dem Sozialistengesetz, trotz allen schustigen Polizeifetzen und Spiegeln, hoffen wir, unsern Kandidaten Biered bei der Wahl durchzubringen. Selbst unsere Gegner zeigen durch ihre Angst, daß unser

Man hat daher mit Eurer Unterdrückung begonnen. Die Unterdrückung wird fortauern bis zur vollständigen Vernichtung, wenn nicht das ganze russische Volk frei wird. Bleiben die Jaren solche Träumen, wie bisher, bleibt das Volk in solcher Knechtschaft, wie bisher, dann wird es auch Euch unmöglich sein, der kaiserlichen Soldateska Widerstand zu leisten. Wird aber das russische Volk befreit, bekommt es die volle Freiheit, dann werdet auch Ihr freibleiben. Dann wird in ganz Rußland der Grund und Boden dem Volk gehören, dann wird in ganz Rußland das Volk sich selbst mittelst seiner Delegirten regieren, ohne Tschinowitsch, ohne Polizei; die Regierung wird auch eine vom ganzen Lande gewählt sein, und daher eine gerechte. Dann werdet auch Ihr, Kosaken, Jaren Grund und Boden behalten, freie Männer bleiben. Eure Delegirten werden auch an der Regierung theilnehmen und Niemand wird es wagen, Eure Rechte anzutasten.

Zwei Wege stehen Euch offen: Entweder Ihr beireit Euch zusammen mit dem ganzen Volk vom Jode des Jarenlebens oder Ihr unterliegt zusammen mit dem ganzen Volk der ewigen Knechtschaft. Erinnert Euch endlich Eures alten Ruhms, nicht Jarenlebens, Volkseigenen seid Ihr. Die Jaren müssen Knechte haben, freie Männer sind ihnen wider. Beht also mit uns, das russische Land von der Knechtschaft zu erlösen, wie es Eure Ahnen getan haben. Zeigt, daß Ihr nicht entartete Sprößlinge Eures ruhmvollen Stammes seid, sondern ebenso glorreiche Helden, vom selben Geist befeelt seid, mit derselben Kraft wie Eure Ahnen. Dann wird Euch zu Theil werden, Land und Freiheit und ewiger Ruhm in der Zukunft.

3/15. September 1881. Das Exekutivkomitee der Narodnaja Wollja. Druckeri der Narodnaja Wollja.

Sieg bei der Wahl nicht unmöglich ist, und verrichten der Polizei alle möglichen Handlungsdienste, um dieses Unheil von Magdeburg abzuwenden.

Sahen da vor Kurzem in einer Wirtschaft mehrere Genossen gemüthlich bei einem Glas, in Unterhaltung begriffen. Plötzlich war die läbliche Hermandad, welche Wind davon erhalten hatte, daß Biered mit seiner Frau den Abend in Magdeburg eintreffen sollte, zur Stelle, um den Staat zu retten und die „Versammlung“ im Namen des „Gesetzes“ anzulösen. Der ehemalige Bauerngehilfe und durch seine Kriecherei nach oben und Bynalilität nach unten zum Polizeirabanten, parben Polizeinspektor „wanjrite Emporkömmling Krieter“ hatte aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Der Esel glaubte nämlich, Biered sei schon anwesend und er wachte nun denselben beim Abhalten einer geheimen Versammlung in flagranti erwischen. Von unbeschreiblicher Komik war es daher, als der Polizeiesel Krieter mit Unterstützung der Kommissäre Dommermann und Weggraf, der Letztere trägt seinen Namen mit Recht, und einem Duzend anderer Schergen, welche den Eingang zum Lokal besetzt hielten, die ruhig Plaudernden bei seinem Eintritt mit den Worten anrief: „Im Namen des Gesetzes erkläre ich die Versammlung für aufgelöst!“ Die besessenen Feien er und seine Rittfrohe dann über einige auf den Tisch herum liegende Blätter her, in der Hoffnung, etwas Verbotenes zu erwischen. Es war aber nichts und auch die Durchschneifung aller im Lokal Anwesenden blieb, abgesehen von zwei bei einem Genossen vorgefundenen laufenden Nummern des „Sozialdemokr.“, resultatlos. Darob große Enttäuschung bei den Partisanen, und nachdem sie noch die Namen der Anwesenden „festgestellt“, trübten sie sehr herabgestimmt ab, begleitet von unserem Hohngeklächter.

Nachts 12<sup>1/2</sup> Uhr, als die Spindel schon im festen Schlummer lagen und von großen Jüngern träumten, traf Biered hier ein, so daß wir ihn ungehört begrüßen konnten. Wie ein Lauffener war Biereds Anwesenheit in Magdeburg herum, und am Sonntag Nachmittag war die Reichshalle überfüllt von rothen Besuchern. Um 5 Uhr erschien Biered mit Frau, begrüßt von sämmtlichen Hochrufen der Genossen.

Immer mehr und mehr Genossen trafen ein, viele mit ihren Frauen, so daß in dem großen Etablissement kein Plätzchen mehr zu finden war. Es herrschte eine höchst animirte Stimmung. Aber auch die Hermandad war zahlreich am Plage, und aus allen Ecken und Winkeln lugten die Galschneifhognomien heraus und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Da aber Krieter und seine Kampfansagen wußten, daß sie Jedermann kennt, hatte man verfuhrerische Polizeischreibereien und in Pahn-uniform gekleidete Staatsbeamte unter die Genossen vertheilt. Aber proßt Wahlzeit, Herr Krieter! Die Köthen erkannten die Bügel an ihren Federn und ließen sie aufsteigen. Als Krieter endlich eintraf, daß wir uns in unserem Besammensein nicht lösen ließen, ließ er den Wirth auffordern, er möge Biered nebst einigen Genossen das Lokal verbieten.

Der Wirth ging jedoch auf diesen Zauber nicht ein, und so mußten denn die Schäfte zu ihrem Verdruss noch Zeuge sein von den sämmtlichen Hochrufen, die erstanden, als Biered nach 7 Uhr und Valet sagte. Trotzdem nun alle Polizeieseln aufgebieten wurden, um einer etwa noch stattfindenden Besprechung auf die Spur zu kommen und trotzdem man in allen lokalen Spürnasen herumzuschleichen sah, wurden von der nöthigen Anzahl Genossen die Wahlangelegenheiten erledigt, leider ohne die schätzbare Anwesenheit der heiligen Hermandad.

Da nun die Polizei trotz ihrer gemeinen Brutalität gegen uns nichts ausgerichtet, ließ das edle Volk seine Wuth an dem Reichshallenwirth aus, dem man, da er sich der Billfür Krieters nicht fügte, die Polizeihände auf 11 Uhr festsetzte, um ihn dadurch empfindlich zu schädigen. Vorher hatte man den Soldaten und Beamten das Lokal verboten.

Mit vollem Vertrauen sehen wir der kommenden Wahl entgegen, und wenn jeder Genosse seine Schuttpflicht thut, so ist der Sieg unser. Stürmvogel.

**Bielefeld, 28. Sept.** Wenigstens von hier nichts besonderes zu berichten ist, erachte ich es doch als zeitgemäß, auf einen Punkt, welcher auch im „Sozialdemokrat“ schon berührt wurde, näher einzugehen.

Man hört oftmals die Meinung laut werden, man solle bei der Wahl in den Wahlkreisen, wo unseits doch auf keinen besonderen Erfolg zu rechnen ist, direkt für einen Fortschrittler, wo ein solcher angeheilt sei, stimmen, um das Durchdringen von ultramontanen und konservativen Kandidaten möglichst zu hindern. Auch in unserem Wahlkreise, einem Hauptstübe der Tabakindustrie Deutschlands, tritt diese Meinung namentlich unter den hiesigen Tabakarbeitern, mit Ausnahme der Rbederei, zu Tage, besonders deswegen, weil die Fortschrittler sich entschieden gegen das Tabakmonopol erklären. Daß wir gegen diese Strömung entschieden aufzutreten, ist selbstverständlich, sehr uns doch die Fortschrittspartei eben so fern, wie die Ultramontanen, Konservativen, Liberalen u. s. w. Denn wenn es gegen uns geht, reichen sich doch alle anderen Parteien brüderlich die Hand und stimmen geschlossen gegen uns, das haben sie zur Genüge bewiesen. Wenn die Fortschrittler gegen das Ausnahmengesetz gestimmt haben, so geschah das nur aus eigenem Interesse. Identisch ist die Sozialdemokratie mit der Fortschrittspartei ebenso wenig, wie mit einer der andern vorgenannten Parteien.

Was das Tabakmonopol anbetrifft, so werden auch unsere Abgeordneten gegen dasselbe stimmen. Obwohl wir eigentlich für Verstaatlichung sind, müssen wir doch gegen das Monopol, wie es von der Regierung vorgebracht, sein, weil dadurch die, seit Erhöhung der Tabaksteuer ohnehin schon hart geschädigte Tabakindustrie, welche einer der blühendsten Industriezweige Deutschlands war, völlig zu Grunde gerichtet würde! Auf welche Art wir die Verstaatlichung wollen, ist unseits zur Genüge klar gelegt worden, so daß es wohl überflüssig wäre, hier näher darauf einzugehen.

Was die Bewegung ihrer anbetrifft, so ist dieselbe ziemlich ruhig und hat uns die Polizei einen guten Dienst geleistet, weil sie Rauschen, der da glaubte, die Sache sei hier eingeschlafen, von diesem Irthum befreite, indem sie kürzlich plötzliche Hausdurchsuchungen hielt. Natürlich verdrückte sich die Kunde von denselben wie ein Lauffener und Mancher wurde dadurch aufgeregter. So wurde am 15. d. M. bei E. Hegemann Hausdurchsuchung nach verbottenen Schriften gehalten, da man jedoch nichts gewünschtes vorfand und auch nicht leer ausgehen wollte, wurden einige alte Proschüren, eine Partie laufende Nummern Tagewacht, Jahrgang 1875/76, ein altes Rotzbuch u. s. w. mitgenommen, welches jedoch theilweise nach einigen Tagen schon wieder ausgehändigt wurde. Ebenso wurde in Wieda bei E. . . . Hausdurchsuchung gehalten, welche ebenfalls erfolglos blieb.

Die Konservativ-Ultramontanen, sowie die Fortschrittlich-Liberalen thun hier ihr Möglichstes in der Wahlagitation. So ward vor einiger Zeit von konservativer Seite hier ein Parteitag abgehalten, zu welchem auch Hauptrediger Stöcker und Herr von Hammerstein erschienen waren. Die Herren mußten jedoch höchste Acht vor den hiesigen Fabrikarbeitern gehabt haben, da sie ihre Versammlung an einem Mittwochnachmittag abhielten, wo es den Arbeitern unmöglich war, hinzugehen. Ueberdies wurde jede Diskussion ausgeschlossen. Bald darauf hielt auch die Fortschrittspartei hier ihren Parteitag ab, bei welcher Gelegenheit uns auch Eugen Richter und Albert Träger mit ihrem Besuche beehrten. Daß auch wir hier unsern eignen Kandidaten aufstellten, daran denken die Spießbürger am allerwenigsten, namentlich weil wir uns bisher wenig bemerkbar machten. So ganz unthätig waren wir aber doch nicht. Wir haben W. Pismann als Kandidat für den hiesigen Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück aufgestellt, derselbe kandidirte schon früher hier und ist sehr beliebt und wir rechnen auch auf eine ziemlich Anzahl Stimmen.

Wir werden ja sehen, was unsere braven Spießbürger dazu sagen und unser Möglichstes thun, ihnen recht gründlich aus dem Traum zu wecken. h. u.

**Dortmund, 27. September.** Seitdem der „Sozialdemokrat“ besteht, ist dies die erste Korrespondenz, die von uns eingeschickt wird. Wir hatten uns vorgenommen, nicht eher zu schreiben, bis wir eine Gegenanschrift einschicken konnten. Dies ist uns jetzt möglich. Wie in ganz Deutschland, so ist auch bei uns jetzt der Wahlkampf entbrannt. Im hiesigen Kreise sehen sich vier Parteien gegenüber: National-Liberalen, Ultramontanen, Sozialdemokraten und Fortschrittler. Während des heiligen Kampfes, den die Fortschrittler schon sechs Monate mit den Liberalen führen, hatte man die Sozialdemokraten ganz übersehen, indem man annahm, dieselben würden einfach mit den Fortschrittler stimmen. Bei der letzten Wahl hatten wir 2050 Stimmen, die Fortschrittler bloss 60, die Nationalliberalen 16,000 und die Ultramontanen 7,500. Da nun die Liberalen und die Ultramontanen wahrscheinlich über die Hälfte verlieren werden, so denken die Fortschrittler, unsere Stimmen würden ihnen allein zu Gute kommen, da sie ungehindert agitieren können. Die

Herren kuscheln sich indeß; wir haben einfach unser Pulver trocken gehalten bis zum geeigneten Zeitpunkt.

Jetzt agitieren die Herren Fortschrittler mit Vorliebe in den Ortshäusern, wo wir bisher die meisten Stimmen gehabt hatten, und wollen durch ihre Vorfälle unsere Stimmen wegjagen. Zu diesem Zweck hatten sie am Sonntag in Marren eine Volksversammlung einberufen, worin ihr Kandidat, Herr Rechtsanwalt Lemmann, einen Vortrag halten, und am Schluß seine Kandidatur proklamirten werden sollte. Unsere Parteigenossen waren aber sehr zahlreich erschienen, und nachdem Herr Lemmann über das Hauptpflichtgesetz gesprochen, dasselbe als eine Errungenschaft der Fortschrittspartei hingestellt, das Unfallversicherungsgesetz nur dann für brauchbar erklärt hatte, wenn die Arbeiter die Hälfte zu zahlen müßten und dergleichen Vorfälle mehr, wurde ihm vom Parteigenossen Siebel ordentlich beimgeleuchtet. Siebel wies nach, daß das Hauptpflichtgesetz nur auf das viele Drängen der Sozialisten zu Stande gekommen wäre. Die Arbeiter zur Zahlung der Unfallversicherung heranzuziehen, sei doppelte Ausbeutung. Da sei der Staatszuschuß nicht von Bismarck auf den Keim führen. Die Fortschrittler, obwohl sie gegen das Ausnahmengesetz gestimmt, freuen sich im Herzen dennoch, daß es zu Stande gekommen ist; sonst hätte Herr Hanel nicht beantragt, nachdem unser Genosse Kaiser den Posten von 30,000 Mark für die berückichtigte Reichskommission gestrichen wissen wollte, daß derselbe anrecht erhalten bleibe. So lange diese Kommission noch besteht, ist mancher Spießbürger noch im Glauben, es gäbe eine Appellation, was thatsächlich nicht der Fall ist. Diese Herren bestreiten einfach jedes Verbot, und das Geld wird umsonst bezahlt.

Ferner habe bei der Radwahl im Kreise Erfurt Richter erklärt, daß, wenn es zu einer Stichwahl zwischen Kapell und Luzius gekommen wäre, die Fortschrittler unbedingt für den Reaktionsär Luzius hätten stimmen müssen. Derselbe Richter, der in Hagen von den Sozialisten bei der engeren Wahl gewählt wurde, derselbe Richter, der ohne die anstandslos abgegebenen Stimmen unserer Leute kein Reichstagsmandat hätte! Nachdem so die Fortschrittspartei, von ihren Vorfällen entleidet, als zur reaktionären Masse gehörig, blossgestellt war, wurde von Genosse Siebel der Sozialdemokrat Karl Wilhelm Tiede in Dortmund als Arbeiterkandidat proklamirt, was mit donnernden Hochs begeistert aufgenommen wurde.

Als dann nach Lemmann Siebel noch einmal gesprochen hatte und im Verlauf der Debatte zum dritten Mal das Wort haben wollte, erklärte der Vorlesende, daß er Siebel das Wort nicht mehr geben dürfe, da sonst der überwachende Beamte die Versammlung auflösen würde. Sodann ließ der Vorlesende darüber abstimmen, ob die Verlamung mit der Aufstellung Lemmann's einverstanden wäre. Kaum 10 Stimmen waren dafür, während die erdrückende Mehrheit ein brausendes Hoch auf Tiede ausbrachte. Somit haben wir den Wahlkampf offiziell eröffnet und hoffentlich den Fortschrittler den Weg verlehrt. Unsere Leute waren sehr erregt, einmal einen von unsern Rednern sprechen zu hören. Zur Belohnung hatte Siebel und noch ein Parteigenosse am andern Morgen eine Hausdurchsuchung. Man suchte angeblich den Sozialdemokrat, gefunden wurde aber, wie gewöhnlich, nichts. Chimborasso.

**Hamburg-Altona, 14. September 1881.** (Schluß). In der Republik Hamburg ist man erwüder wie in Altona, hier herrscht heute reges Leben und Treiben. Die Wäle und zum Theil die Fabriken sind geschlossen, und ich glaube auch, daß in den Kirchen feierlicher Gottesdienst stattfindet! 60,000 Mark sind veranschlagt, um zu Ehren des „gretisen Monarchen“ die Republik, die freie und Hanse-Stadt Hamburg genügend feierlich schmücken zu können. Die Handerei, die man in Hamburg treibt, ist richtig. Die Kaufmannschaft Hamburgs, die wahren christlichen Juden, sind zu allen Zeiten schlau gewesen. Gegenwärtig droht ihnen die neue Gefahr, daß Hamburg als zweite Residenzstadt ins deutsche Reich aufgehen soll, und da heißt es wirklich Alles versuchen, dies Unglück von sich abzuwenden. Die Kaiserreicherrichtung soll da zunächst helfen, trotzdem man in aller Welt und auch in Berlin in der Wilhelmstraße weiß, daß alles nur Heuchelei ist, und man in Wirklichkeit hier hofft, daß der Kaiser, dem man zwar heute mit verdrehten Augen im Kopfe ein recht langes Leben wünscht, bald sterben möge, indem man glaubt und hofft, daß dann, wenn der Kronprinz an die Regierung kommt, der Bismarck gekürzt wird.

Diese Ansichten laun man tagtäglich in allen Kneipen, wo dieses Gebilde sein wackende Publikum verkehrt, hören. Die Stimmung der hamburgischen Bevölkerung gegenüber dem Senat wird immer erbitterter, man hat durch die Verhängung des Belagerungszustandes und den Zollanschluß nur zu deutlich kennen gelernt, daß der Senat die Bevölkerung nur als Mittel zum Zweck benutzt und gebraucht, um seine eigene Herrlichkeit, wie Vortheile der Rbederei oder der Kaufmannschaft u. anrecht zu erhalten.

So lange als der Senat noch selbst im Zweifel war, ob der Freihafen beibehalten werden könne, bemühte man sich die in die Dachstube, um die Unterschrift des Kermüthen als Protest gegen den Zollanschluß zu bekommen; man machte den Leuten klar, wie viel theurer sie dann alle Lebensmittel zu bezahlen hätten, falls Bismarck seinen Willen bekäme und Hamburg dem Zollverband einverleibt würde. Die Wuth der indifferenter Massen war groß, noch größer ist aber jetzt die Wuth, nachdem sie erfahren haben, daß, nachdem der Senat den Freihafen der Rbederei gestrichen bekommen hat, man sich gar nicht mehr um sie kümmerte, und Hamburg dem Zollverband ruhig, trotz der höheren Lebensmittelpreise, die der kleine Mann nun zu zahlen hat, einverleibt wurde.

Man ist sich hier auch überall klar darüber, wie erbärmlich sich der Senat gegenüber den Sozialisten betragen hat.

Der hohe Senat glaubte durch blinden Gehorsam Bismarck gegenüber die Gefahr des Zollanschlusses nicht allein mindern zu können, sondern der Belagerungszustand ist den hohen Herren auch ganz gelegen gekommen, um durch Ausweisungen jegliche Wahlorganisation der Arbeiter untergraben zu können, damit die Kaufmannschaft in Hamburg nicht zum zweitenmal den „Schimpf“ zu ertragen habe, sich im Reichstag von Arbeitern vertreten lassen zu müssen.

Leute sind hier bereits ausgewiesen worden, die nicht allein nach jeder Richtung hin harmlos, sondern auch ganz außer Stande sind, das Wort Politik richtig definiren zu können. Aber der hohe Senat von Hamburg ist schlau, er versteht vorzüglich die Kunst im Publikum bevorzugen, daher zu allen Ausweisungen gezwungen wurde, deshalb glaubt man hier in bürgerlichen Kreisen, daß Bismarck allein schuld an jeglicher Ausweisung ist, alle Brutalitäten, die hier in dieser Weise vollzogen werden, geben also auf Konto Bismarcks — Bismarcks, und der hohe Senat von Hamburg wähe seine Hände in Unschuld!

Die hiesigen Parteigenossen durchschauen die Sache jedoch klar, deshalb tauschen bereits Ansichten an, daß, wenn der Senat den Belagerungszustand erneuern läßt, eine Agitation ins Leben gerufen werden muß, durch welche der Senat gezwungen wird, entweder die Verfassung dahin zu ändern, daß ein jeder Staatsangehöriger ein Bürgerchaftsmittel wählen zu können berechtigt ist, oder seine Herrlichkeit aufzugeben, und zwar dadurch, indem man eine künftige Agitation für den Antrag an Bismarck: Hamburg in's deutsche Reich aufgehen zu lassen, und gleich Eisag und Vordringen von Reichskommissären verwalten zu lassen, ins Leben zu rufen beabsichtigt. Die hiesigen Parteigenossen sagen sich: ist der Senat erbärmlich genug, uns zum Opfer zu bringen, um seine Herrlichkeit anrecht zu erhalten, dann sind wir vernünftig genug, dieser Misauemwirtschaft ein Ende zu machen; denn nur 3 Prozent der hamburgischen Bevölkerung sind Bürger, und diese 3 Prozent besitzen allein das Recht, ein Bürgerchaftsmittel wählen zu dürfen, und die Bürgerchaft wählt wiederum den Senat, mithin geht der Senat nur aus 3 Prozent der Bevölkerung hervor, er möcht sich trotzdem an, die ganze hamburgische Bevölkerung zu repräsentiren. 97 Prozent der hamburgischen Bevölkerung haben zwar alle Pflichten zu erfüllen, politische Rechte besitzen sie aber keineswegs, das ist die Republik, die freie und Hanse-Stadt Hamburg!

Somit geht hier Alles vorzüglich von Statten, zweifelhaft sehen wir dem 27. Oktober entgegen. So viel für heute. In der nächsten Nummer wollen wir die gemeinen Denunziationen des H. Jacobi, Gastwirth zur Warburg in Hamburg, Westf. 37, veröffentlichen. Für heute wollen wir nur kurz jeden Genossen vor diesem Denunzianten gemeinsamer Art warnen.

## Warnung.

Unsere Parteigenossen werden vor drei Individuen nachdrücklich gewarnt, die in starkem Verdaht stehen, der Reichspolizei Spionendienst zu leisten.

Der erste ist ein gewisser **Schlick**, angeblich ein Berliner, dem die Ausweisung unserer Genossen Siegel und Schilde aus Straßburg zu danken sein soll.

Der erwähnte Schlick hat eine unterlegte, etwas dickbländige Statur, Hahnenhaase und heimtückische Augen. Dialekt: berlinisch.

Der Kerl macht Veruche, nach Kalkhausen i/Elb. und Basel Verbindungen zu erhalten, wird er irgendwo betroffen, so zahle man ihm den verdienten Lohn.

Der zweite ist ein gewisser **Wölffel**, Bayer von Geburt, von kleiner unterlegter Statur, thut sich viel auf seine Nürnberg und Züricher Bekanntschaften zu Gute und lebt augenblicklich unter sehr verdächtigen Umständen in Berlin.

Der dritte ist der seiner Zeit aus Berlin ausgewiesene Schriftsetzer **Rudolph**, dem unter aufsaßenden Umständen die Rückkehr nach Berlin durch Kabinat erlaubt wurde, sich jetzt bei den Parteigenossen dort ins Vertrauen zu schmeicheln sucht und augenblicklich der Polizei die Dienste eines agent provocateurs leistet.

Also aufgepaßt!

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

## Briefkasten

der Redaktion: M. G. in R.: „Progress and poverty“ von G. George kennen wir. Der Verfasser hat sich in verschiedenen Kundgebungen der letzten Zeit noch sozialistischer ausgesprochen, als in seinem Buche. Wir werden dasselbe besprechen, sobald der Wahlkampf vorüber ist. — Wegen Aufnahme des Berichtes über den sozialistischen Weltkongress mußte ein Theil der Rundschau für nächste Nummer zurückgestellt werden.

der Expedition: H. a. M.: 18. — Ab. per Aug. und M. 3. — für Sicht. gutgebr. Ingeklagtes willkommen. Sicht. mit 40 fort. — Bisp. Hdrh. Frontignan: „Der arme Konrad“ existirt nur noch in älteren Jahrgängen. — Hfija: H. v. 2/10, am 3/10, beantw. — Raff: Erwarteter Nachr. betr. des Febs. — (—): S. R. 5,30 Ab. 4. Cu. u. Schft. erh. Alles erjahren und nach Vorschr. besorgt. — Stachelberg: und Wertens Jigarenfabr. durch E. S. u. B. New-York: Fr. 63,75 d. Wahlst. dtd. zugew. — Paris A. B.: Fr. 5. — u. P. T. Fr. 5. — d. allg. Wids. dtd. zugewiesen. Reinguth, auf Abonn. Fr. 1. — d. Wds. einverleibt. Fr. 5. — Ab. 4. Cu. i. 2 Expl. gutgebr. — G. M. A.: M. 1,50 z. Kompf. d. Ab. 4. Cu. erh. Sdg. abgez. — Rothbart: Fr. 44,30 nach Vorschr. gutgebr. — C. S. Lyon: Fr. 2,50 Ab. 4. Cu. erh. — Fr. M. Rm. St. Gall.: Fr. 2. — Ab. 4. Cu. erh. — Ksberg: M. 6. — Ab. 4. Cu. erh. — Archimbold: M. 9. — Ab. 4. u. 4. Cu. erh. Ksbl. anlang. briefl. — C. W. Wbzg.: M. 3. — Ab. 4. Cu. erh. — R. M. M.: M. 3. — Ab. bis Ende 81 gr. — Morgenroth: S. R. 10. — Ab. 4. Cu. eingehell. Alles beachtet. — R. S. Hg.: Fr. 11. — Ab. 4. Cu. gutgebr. — A. Vanim. Chicago: Fr. 103,60 à Cto. erh. Bestg. wird besorgt. — H. P. . . . A.: M. 5. — durch B. erh. Weiteres wird persönl. mit demf. geordnet. Best. mehr am 6/10. — Commerzienrath: M. 9. — Ab. 4. Cu. erh. Ostel: H. v. 29/3, und das „berühmte Schreibpapier“ hier. Erfay für 2. Cu. kann aus dem bel. Vorrath genommen werden. Betr. „Bettler a. R.“ am 5/10. brfl. berichtet. — Gsch. Pluntern: Fr. 2. — Ab. 4. Cu. erh. — J. S. M.: M. 3,70 Ab. 4. Cu. u. Photog. erh. — Wfd.: M. 3. — Ab. 4. Cu. erh. Wabug. irrth. erfolgt. Adbr. 1 wird nicht benutzt. Alles eingetroffen. — G. M. Rru: M. 3,30 Ab. 4. Cu. erh. — A. U. Paris: Fr. 2,50 Ab. 4. Cu. erh. Wählst. benachrichtigt. — G. P. Hg.: M. 3. — Ab. 4. Cu. erh. — Fr. G. Eng: Fr. 2. — Ab. 4. Cu. erh. — Ferd.: H. v. 1/10, erh. Inhalt beachtet. Den Ado. i. S. Pf. anlangend haben. Anweisg. nach E. gegeben. —

## Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegengenommen bei folgenden Filialen:

- Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 3, Hottingen.
- Basel M. Fritzenschaft, Deutscher Verein.
- Genf G. Wilhelm, 34 chemin des Vollandes.
- Paris Mr. Derveaux, librairie, 32 rue d'Angoulême.
- Kopenhagen N Georg Hoffmann, Korsgade 31, S. S. N.
- Antwerpen Ph. Coenen, Dembrüggerstraat 11.
- Gent J. Bassé, St. Lievenstraat 163.
- Brüssel Bertrand, librairie, Rue du Gazomètre 14.
- Verviers J. Elias, Buchhandlung, 136 rue Spintay. Charles Picreaux, 20 rue Luxembourg, Andrimont.
- London Communist. Arb.-Bild.-Verein, 49 Tottenham Street, Tottenham Court. Road, W. B. Brel, 54 Poland Street-Oxford Street. H. Rackow, 39 Nicolas Street Hoxton. G. Daubenspeck, Leverstreet 106 St. Lucas E. C. Yark & Co., E. C. 131 a Loudon Wall Wood Street End.
- New-York F. Jonscher, 283 E. Houston Street. H. Nitzsche, 548, 2. Avenue, City. Jos. Strauss, 356 East. 19 Street.
- Philadelphia W. F. Schmidt, Nr. 613 Callowhill care of Phila. Tageblatt.
- Chicago Ill. A. Lanfermann, 401 Divisionstreet.
- Cincinnati, O. C. Schumann, 14 Mercer Street
- St. Louis Mo. Gebr. Herminghaus, 1805 Franklin Avenue.

## Verlag des „Sozialdemokrat“

A. Herter, Casinostrasse 3, Hottingen.

## Zur Beachtung!

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein 49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten. Der Vorstand.